

Unverkäufliche Leseprobe



Hans Vorländer

Das Ende der Demokratie, wie wir sie kannten

2026. 223 S.

ISBN 978-3-406-71986-8

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/22346708>

Hans Vorländer
**Das Ende der Demokratie,
wie wir sie kannten**

EDITION
MERCATOR
C·H·Beck

Hans Vorländer

Das Ende der Demokratie, wie wir sie kannten

C.H.Beck

EDITION
MERCATOR
C·H·Beck

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2026
Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de
Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses
Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.
www.chbeck.de
Umschlaggestaltung: buxdesign | Daniela Hofner
Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 71986 8

www.chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Inhalt

Einleitung: Ewige Wiederkehr? Aufstieg und Niedergang von Demokratien 9

Kapitel 1: Die Anfänge der liberalen Demokratie 17

- Die Begründung der modernen Demokratie 17
- Spannungsfelder und Sollbruchstellen 25
- Koppelung von Demokratie und Lebenswelt 28

Kapitel 2: Die Entwicklung der liberalen und repräsentativen Demokratie 33

- Der schwierige Weg zur Demokratie in Deutschland 34
- Unterschiede in Europa 37
- Weimar: die gescheiterte Demokratie 39
- Entwicklung zur Parteiendemokratie 42
- Kritik an der Demokratie 46
- Der Siegeszug der Demokratie nach 1945 49
- Das Ende der Geschichte? 52

Kapitel 3: Die Krisen und die Demokratie 55

- Die Migrationskrise in Deutschland und Europa 57
- Die Corona-Pandemie 59
- Krieg in Europa 61
- Die Demokratie gerät unter Druck 63
- Regierungsvertrauen und Demokratiezufriedenheit 65

Kapitel 4: Der Populismus und die Bruchstellen der repräsentativen Demokratie 69

- Populistische Bewegungen in Vergangenheit und
Gegenwart 70
- Entfremdung von Repräsentanten und
Repräsentierten 71
- Das Beispiel Pegida 73
- Gewinner und Verlierer der Globalisierung 76
- Spiel ohne Bürger 78
- Krisen als Brandbeschleuniger 80
- Wie Populismus funktioniert 82

Kapitel 5: Autokratischer Umbau der Demokratie 89

- Globale Revolution der Neuen Rechten? 89
- Die Neue Rechte in Europa 92
- Konservative Revolution 96
- Orbán's illiberale Demokratie 98
- Trumpismus 101
- Autoritäre Demokratie, Autokratie oder Diktatur? 107
- Autoritäre Umdeutung 110

Kapitel 6: Auflösungserscheinungen der demokratischen Infrastruktur 113

- Der intermediäre Raum 113
- Ehrenamt 117
- Kirchen und Religionsgemeinschaften 120
- Gewerkschaften 122
- Parteien 124
- Beispiel Italien – Österreich – Frankreich 129
- Wandel des Partizipationsverhaltens 131
- Zivilgesellschaft in Bewegung 132

Kapitel 7: Politische Polarisierung und der Strukturwandel der Öffentlichkeit 135

Polarisierung 135

Parteien und gesellschaftliche Spaltungslinien 138

Ideologische und affektive Polarisierung 141

Was polarisiert Deutschland? 143

Unterschiede in Europa 144

Schadet Polarisierung der Demokratie? 146

Strukturwandel der demokratischen Öffentlichkeit 152

Kapitel 8: Was kommt nach dem Ende der liberalen und repräsentativen Demokratie? 163

Gegenwartslage 163

Zukunftsszenarien 166

Eine lernfähige Demokratie 172

Nachwort 177

Anmerkungen 179

Literaturverzeichnis 197

Einleitung

Ewige Wiederkehr?

Aufstieg und Niedergang von Demokratien

Sorge um die Demokratie macht sich breit. Wo sie lange Zeit selbstverständlich erschien, stellt sich nun das Gefühl ihrer Gefährdung ein. In einer Zeit, die von Krisen und Kriegen beherrscht ist, gerät die Demokratie unter Druck – von innen und von außen. Politische Strömungen greifen grundlegende Pfeiler der Demokratie an, ihre Institutionen, ihre Rechtsstaatlichkeit, die Freiheits- und Grundrechte. Die Vielzahl politischer Krisen weckt die Sorge, dass die Demokratie die Probleme nicht lösen kann. Und autoritäre Systeme gewinnen an Terrain und fordern Demokratien geopolitisch heraus.

Das Bild der Verunsicherung beherrscht nicht nur die mediale Welt und die Wahrnehmung von Bürgern und Bürgerinnen. Auch die Wissenschaft macht sich Sorgen und diagnostiziert ein langsames Sterben von Demokratien. Und wo der Tod noch nicht antizipiert wird, wird die Demokratie unter Beobachtung gestellt – oder gar auf dem abschüssigen Weg ihrer Rückentwicklung gesehen. Der Zukunftsprospekt wirkt düster.

Die Zahl der Demokratien in Europa und der Welt ist tatsächlich rückläufig. Auch lässt sich beobachten, dass die Zufriedenheit der Bürger mit der Funktionsfähigkeit der Demokratie, ebenso das Vertrauen in ihre Institutionen nachlässt. Und demokratische Politik scheint vor allem in Krisenzeiten unter dem Damoklesschwert permanenter Überforderung und zunehmender Erwartungsenttäuschung zu stehen. Auch geopolitisch wird das Modell der liberalen, repräsentativen Demokratie herausge-

fordert: Kriege lassen demokratische Ordnungen nach Strategien der inneren wie äußeren Wehrhaftigkeit suchen. Autokratische Umbrüche und rechtspopulistische Regierungen auf der einen, der Strukturwandel politischer Öffentlichkeit und der Niedergang traditioneller Parteien und Milieus auf der anderen Seite deuten darauf hin, dass die liberale und repräsentative Demokratie, wie sie sich nach 1945 herausgebildet und konsolidiert hatte, zu ihrem Ende gekommen ist. Wiederholt sich die Geschichte? Ist die Demokratie im immer wiederkehrenden Kreislauf von Aufstieg und Niedergang gefangen?

Wieder einmal könnte sich also erweisen, dass Demokratien eher die Ausnahme als die Regel unter den uns bekannten politischen Ordnungsformen sind. Zwar gab es bereits in der Antike in Griechenland eine Periode politischer Selbstregierungen – von Solon über Kleisthenes und das sogenannte Goldene Zeitalter unter Perikles (461 bis 429 v. Chr.) bis zum Untergang unter Alexander dem Großen (323 v. Chr.) hatte die athenische Demokratie über mehr als 200 Jahre Bestand –, aber auch sie war im Inneren wie im Äußeren immer gefährdet: Demagogen suchten die Herrschaft des Volkes für sich auszunutzen, und die äußeren Feinde, insbesondere Sparta, bedrohten Athen und errichteten für einige Jahre gar ein despotisches Regime von Tyrannen. In Rom war das Volk an Beratung und Entscheidungsbildung zwar beteiligt, aber die Macht blieb auch in Zeiten der Republik in den Händen des Adels, Machtkämpfe führten schließlich zur Etablierung von Prinzipat und Kaisertum. Das Mittelalter und auch die frühe Neuzeit kannten vorrangig monarchisch-aristokratische Ordnungen, Republiken, in denen Bürger an der Regierung beteiligt waren, blieben die Ausnahme. Kurzum: In der Geschichte politischer Ordnungen waren Demokratien selten und, wenn sie sich etablieren konnten, von kurzer Dauer.

Das sollte sich erst mit den bürgerlichen Revolutionen des

18. und 19. Jahrhunderts ändern. Aber auch dann war es nicht so, dass Demokratien die vorherrschende Ordnungsform darstellten. Erst mussten sie sich gegen Fürstenhäuser und Monarchen, Despoten und Tyrannen, schließlich auch gegen Nationalismus und Imperialismus durchsetzen, was schwierig genug und erst nach dem Ersten Weltkrieg erfolgreich war, aber prekär blieb, wie der Fall der Weimarer Republik mit ihren so verheerenden Auswirkungen zeigte. Sodann entstanden mit den Diktaturen totalitäre Systemgegner der Demokratie, die dem 20. Jahrhundert einen weiteren Weltkrieg bescherten und in seiner Folge der Weltordnung die bipolare Struktur des Kalten Krieges gaben.

Erst zwei Epochenwechsel beflügelten die Hoffnung, dass sich die Demokratie als Siegerin der Geschichte durchsetzen und als universelles Modell etablieren könnte. Zuerst wurden Demokratien nach 1945 in Westeuropa wiederbegründet und dort, wo wie in Griechenland, Spanien und Portugal Militärdiktaturen fielen, erst sehr viel später neu etabliert. Auch außerhalb Europas entstand im Zuge der Entkolonialisierung eine Reihe von demokratischen Systemen. Konnten Erstere sich nach und nach, nicht zuletzt durch den Zuwachs an ökonomischer Prosperität, wohlfahrtsstaatlicher Absicherung und außen- und europapolitischer Abstützung, konsolidieren, so blieben ihre südamerikanischen Varianten weitaus labiler und waren beständig Strömungen von Populismus und Machismo ausgesetzt.

Vollends glaubte sich die Demokratie auf dem Siegeszug zu befinden, als die realsozialistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa infolge friedlicher Revolutionen, inneren Zerfalls und Aufgabe imperialer Ansprüche zusammenbrachen. Aus dem Wettbewerb der Systeme schien die Demokratie als Siegerin hervorgegangen zu sein. Damit war zwar nicht das generelle Ende der Geschichte eingeläutet, wie gemutmaßt wurde, doch zumindest die Geschichte des Aufstiegs und Verfalls von Demokratien

schien zu einem versöhnlichen Abschluss gekommen zu sein. Was Thomas Mann im amerikanischen Exil 1938 als den «komenden Sieg der Demokratie» zu prognostizieren wagte, schien sich nun endlich zu erfüllen.

Den Aufbrüchen von 1945 und 1989/1990 folgte jedoch der Epochenbruch von 2022. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine – die sogenannte Vollinvasion, die auf die Annexion der Krim und den Krieg im Donbass folgte – ist eine geopolitische und geoökonomische Lage entstanden, die die Demokratie in einen neuen Systemkonflikt mit autoritären, diktatorischen Regimen stellt. Damit ist eine globale Herausforderung für das Modell, die Leistungsfähigkeit und die Existenz der liberalen Demokratie erwachsen. An die Stelle einer regelbasierten Ordnung und eines freien Welthandels, die nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der realsozialistischen Regime förderliche Entwicklungsbedingungen für demokratische Strukturen waren, ist eine multipolare Welt getreten, in der autokratische Regime und Diktaturen nicht nur den Vorrang des «Westens» und seiner Werte bestreiten, sondern auch den gewaltsamen Kampf um die Hegemonie von Räumen und Deutungen aufgenommen haben. Dabei bilden sie machtvollere Allianzen, die auf anwachsender ökonomischer Macht und natürlichen Ressourcen beruhen und die sich aller Mittel der Kampfführung bedienen, der offenen, der verdeckten und der hybriden. Um nichts weniger als um die Etablierung der Antithese zur liberalen Weltordnung und zum demokratischen Universalismusanspruch scheint es nunmehr zu gehen. Aus einer Welt, die sicher für die Demokratie gemacht werden sollte, wie es 1917 der amerikanische Präsident Woodrow Wilson zur Begründung des Kriegseintritts der USA formuliert hatte, und wie es auch 1945 und 1989/1990 erhofft worden war, ist somit eine Welt geworden, in der die Demokratie wieder einmal, und zwar grundlegend, infrage gestellt wird.

Doch nicht nur der globale Kontext hat die Lage der Demokratie verändert, auch die Krisen der letzten Jahrzehnte, von der Euro- und Finanzkrise über die Migrations- bis zur Coronakrise, haben das Bild von Stabilität und Widerstandsfähigkeit demokratischer Ordnung erschüttert und die Frage nach den Gefährdungspotenzialen auch der Demokratien aufgeworfen, die als konsolidiert gelten. Die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Regierungen wird herausgefordert, auch bestritten, zugleich wachsen die Erwartungen an staatliches Krisenhandeln an und drohen, politische Akteure zu überfordern. Populistische und rechtsextreme Bewegungen und Parteien stellen Institutionen und Verfahren der Demokratie infrage und beanspruchen, das «Volk» unmittelbar gegen eine vermeintlich korrupte «Elite» zu vertreten. Zugleich werden die Bestrebungen immer offensichtlicher, Demokratien von innen her autoritär zu überformen oder zu Autokratien umzubauen.

Im Inneren demokratischer Gesellschaften sind Entwicklungen beobachtbar, die geeignet sind, die Demokratien nachhaltig zu verändern und ihre Funktions- und Legitimationsfähigkeit infrage zu stellen. Der Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit, der sich nicht zuletzt durch den digitalen Medienwandel vollzogen hat, hat entgegen hoffnungsvollen Erwartungen nicht dazu geführt, dass komplexe politische Aushandlungsprozesse von divergierenden Interessen und Präferenzen erleichtert werden. Im Gegenteil, polarisierte Meinungslager und emotional überreizte und verroht erscheinende Diskursarenen sind entstanden, die den von vielen Akteuren geteilten Eindruck politischer Spaltung und nachlassenden gesellschaftlichen Zusammenhalts erzeugt haben. Auch scheinen in einer fragmentierten und individualisierten Gesellschaft die Bindungskräfte sozialer Milieus, von Parteien, Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen, auch Stammtischen, zu schwinden. Mit dem Verlust intermediär wir-

kender Ligaturen, die individuelle Lebenswelt und politische Entscheidungswelt verbinden, drohen auch gesellschaftliche Vermittlungsebenen ihrer Potenziale beraubt zu werden: insbesondere jene, die das Maß an Vertrauen und Resilienz erzeugen, welches die Demokratie trägt und gerade in Krisenzeiten entstehende Unsicherheiten und Ungewissheiten erträglich macht. Mit einer zerfallenden politisch-kulturellen Infrastruktur wird ein wesentlicher Pfeiler demokratischer Stabilität brüchig.

Doch von welcher Form von Demokratie ist hier eigentlich die Rede? Es ist ein komplexes System der Herrschaft des Volkes, von Institutionen und Verfahren, das legitimatorisch auf dem Prinzip der Volkssouveränität beruht, dessen Pointe aber genau darin besteht, dass das Volk nicht oder nur in ausgewählten Fällen selbst regiert. Das ist nicht nur eine offensichtliche Paradoxie, sondern auch eine Bruchstelle der liberalen und repräsentativen Demokratie. Und doch spiegeln sich darin historische Erfahrungen und politische Entscheidungen wider. Das Modell der Verfassungsdemokratie geht zum einen aus den Revolutionen des 18. Jahrhunderts hervor, zum anderen aus den Strömungen von Aufklärung und Liberalismus. Der historische Kompromiss, Selbstregierung zu ermöglichen und gleichzeitig Menschen- und Grundrechte zu gewährleisten, führte zu einem konstitutionellen Ordnungsarrangement, in dem die Macht, auch die des Volkes, begrenzt wurde, um der Entfaltung individueller, ökonomischer und politischer Freiheiten breiten Raum zu geben.

Diese paradoxe Grundstruktur trägt dynamische, auch sprengende Potenziale in sich, die sich nur temporär stillstellen, aber offensichtlich nicht prinzipiell so beherrschen lassen, dass die Stabilität demokratischer Ordnungen «auf ewig» verbürgt wäre. Demokratien verändern sich dauernd, sie können lernen, mit internen und externen Herausforderungen umzugehen, sie können sich aber auch selbst abschaffen, schleichend oder in drama-

tischer Weise. Das hat ihre Historie immer wieder gezeigt. Unter günstigen Umständen lassen sich Konsolidierungen erzielen, die sie resistent gegenüber suizidalen Gefährdungen und existenziellen Angriffen machen. Im umgekehrten Fall aber könnte die liberale und repräsentative Demokratie, wie sie vor 250 Jahren in die Geschichte eintrat, aus ihr aber auch wieder verschwinden. Und wenn sie vor ihrem Ende steht – was könnte dann folgen?

Der Essay zeigt zunächst auf, in welchem Kontext und mit welcher Begründung die liberale Demokratie entstanden ist und was notwendig ist, um sie zu konsolidieren (Kapitel 1 und 2). Eingeschrieben sind diesem Typus der Demokratie indes Spannungsfelder und Sollbruchstellen. Das zeigt sich insbesondere in Krisen, in denen politische Fliehkräfte wirken, die das komplexe Institutionengefüge unter erheblichen Druck setzen. So wie Spannbetonbrücken unter starker Belastung zusammenbrechen können, wenn zuvor tragende Konstruktionsteile korrodiert sind, so zersetzen soziale, ökonomische, kulturelle und geopolitische Veränderungen die politische Legitimation und gesellschaftliche Akzeptanz demokratischer Ordnungen. Krisen sind deshalb daraufhin zu befragen, ob sie Ursachen oder Katalysatoren des Verfalls von Demokratien sind (Kapitel 3).

Populistische Strömungen sind Profiteure labil gewordener Demokratien und der ihr zusetzenden Krisen. Sie sind auch Symptom und Beschleuniger von Umbruchprozessen. Welche Wirkung sie letztlich auf die Demokratie entfalten, ob sie sie erneuern oder zerstören, ist eine offene Frage (Kapitel 4). Wenn Populismen zu Bewegungen mutieren, die die liberale Demokratie autoritär überformen oder autokratisch umbauen, wie es in der ältesten Demokratie der Moderne, in den USA, aber auch in jungen Demokratien beobachtbar ist, dann sind die Wege in illiberale, undemokratische Verhältnisse bereitet, die in letzter Konsequenz zu Diktaturen und Totalitarismen führen (Kapitel 5).

Intermediäre Räume zwischen der demokratischen Lebenswelt und dem demokratischen Entscheidungssystem entscheiden darüber, wo und wie sich Bürger begegnen, wie sie sich politisch verhalten und welches Vertrauen sie dem politischen System entgegenbringen. Akzeptanz und Legitimität werden hier gewonnen oder aber verloren. Was in diesem Buch demokratische Infrastruktur genannt wird und das breite Feld der politisch-sozialen Kultur absteckt (Kapitel 6), gerät oft aus dem Blick, wenn über die Gefährdungspotenziale der Demokratie gesprochen wird. Aber schon die großen Analytiker politischer Ordnungen, von Aristoteles über Montesquieu bis Alexis de Tocqueville, wussten sehr genau, dass das Schicksal einer freiheitlichen Ordnung maßgeblich von einer entgegenkommenden politischen Kultur geprägt ist. Und das gilt auch und ganz besonders für die kommunikative Öffentlichkeit und die Art und Weise, wie politische Diskurse geführt werden. Digitale Technologien verändern die politische Öffentlichkeit in so grundlegender Weise, dass ihre deliberativen Aushandlungs- und Vermittlungsfunktionen verloren gehen. Die Folge sind politische Polarisierungen und gesellschaftliche Spaltungen, die von affektiv aufgeladenen Teilöffentlichkeiten und politischen Akteuren erzeugt werden (Kapitel 7). Schließlich fragt das abschließende Kapitel, was nach dem Ende der Demokratie, wie wir sie kannten, kommt. Mögliche Entwicklungen lassen sich in den Szenarien von Eliten-, Bewegungs-, Empörungs- und simulativer Demokratie skizzieren. Sie führen indes weit weg von der liberalen und repräsentativen Demokratie. Die erstrebenswerte Perspektive kann nur sein, die gegenwärtigen Demokratien so weiterzuentwickeln, dass sie dem Versprechen von Freiheit, Gleichheit und Teilhabe auch zukünftig gerecht werden und gleichzeitig die Herausforderungen einer Welt im Umbruch erfolgreich bestehen können.

Kapitel 1

Die Anfänge der liberalen Demokratie

Die Begründung der modernen Demokratie

Die moderne, liberale und repräsentative Demokratie, von der hier die Rede ist, wurde in einem Zeitraum etabliert, der sich vom 18. bis in das 20. Jahrhundert erstreckt – von der Amerikanischen über die Französische Revolution bis zur endgültigen Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für alle männlichen und weiblichen Bürger. Man könnte von einer zweiten Erfindung der Demokratie sprechen, weil sie sich in ihren Voraussetzungen und ihrer Struktur von der antiken Demokratie, wie sie in Griechenland «erfunden» und in Athen, der uns bekanntesten Demokratie, von circa 508 bis 322 v. Chr. praktiziert wurde, grundlegend unterscheidet. Die antike Demokratie war ein Gemeinwesen, das auf kleinem Raum, nämlich der Stadt (*polis*), und mit einer kleinen Bürgerschaft praktiziert wurde. Die moderne Massendemokratie hingegen ist eine politische Ordnung in großflächigen Territorial- und Nationalstaaten, wie sie sich in der frühen Neuzeit unter dem Einfluss absoluter Fürsten- und Königsherrschaft herausgebildet hatten. In diesen Territorialstaaten mit ihren im Vergleich zu den antiken und frühneuzeitlichen Stadtstaaten hohen Einwohnerzahlen ist es nahezu unmöglich, die Herrschaft des Volkes so zu organisieren, dass alle Bürger jederzeit alles diskutieren und entscheiden können. In Athen war dies der Fall gewesen. Im Flächenstaat hingegen schien es kaum möglich zu sein, die Bürger regelmäßig zu Volksversammlungen zusammenkommen oder Aufgaben in der Ver-

waltung oder der Rechtsprechung wahrnehmen zu lassen. Das sind aber nicht die einzigen Gründe, warum in der Neuzeit Ordnungen der Selbstregierung anders organisiert werden mussten.¹

Nicht nur die Fläche und die Zahl der Bewohner wurden größer, auch die Gesellschaften hatten sich verändert: Mit der Entstehung der kommerziell-industriellen Gesellschaft forderten neue bürgerliche Schichten wirtschaftliche Betätigungsfreiheit und Eigentumssicherung. Die Reformation und die folgenden Religions- und Bürgerkriege hatten das Thema der Glaubensfreiheit und der Toleranz aufgebracht, die Aufklärung erschütterte die traditionellen Vorstellungen von Gott, Welt und Mensch, suchte im Vernunftgebrauch die Befreiung aus «selbstverschuldeter Unmündigkeit» (Immanuel Kant) zu proklamieren und eine auf Recht, Gerechtigkeit und Zustimmung basierende politische Ordnung zu begründen. Damit stellte sich auch die Souveränitätsfrage neu. Der moderne, neuzeitliche Flächenstaat war von Fürsten und Königen geschaffen und regiert worden, die für ihre Herrschaftsgewalt, zumindest in der Zeit des Absolutismus, ungeteilte Souveränität beanspruchten. Die Herrschaftsausübung war von allen Beschränkungen und auch von allen Zustimmungserfordernissen abgekoppelt. Die Souveränität von Herrschaft und die Absolutheit der Gewalt bestanden, wie Jean Bodin als Theoretiker der Souveränität 1576 schrieb, nämlich gerade darin, Gesetze ohne die Zustimmung der Untertanen zu erlassen und sich selbst nicht an die Gesetze zu binden.² Eine demokratische Revolution allein hätte das Problem der Souveränität nicht lösen können. Denn träte der Demos an die Stelle des Monarchen, dann wäre zwar der Träger der Herrschaft ausgewechselt worden, das Problem mangelnder Bindungen und Beschränkungen aber bestehen geblieben. Politische Souveränitätsausübung musste jedoch generell beschränkt werden, um zu

verhindern, dass sie zur Despotie entartete. «Despotie» stand von der Antike über das republikanische Denken der frühen Neuzeit bis zu politischen Denkern wie Montesquieu oder Kant für eine Herrschaft der Willkür, wobei es unerheblich war, ob sie von einem Einzelnen oder einer Menge, dem Plebs oder dem Pöbel ausgeübt wurde.³

Eine Antwort auf die veränderten Rahmenbedingungen war die repräsentative Demokratie, die die direkte Entscheidungsbe teiligung der Bürger in Versammlungen durch stellvertretende, durch Repräsentanten der Bürger erfolgende Beratung und Beschlussfassung in Parlamenten ersetzte. Dabei war die Idee der Repräsentation keineswegs neu. Auch vormoderne Ständever sammlungen hatten bereits auf dem Prinzip der Vertretung be ruht, allerdings der von Adel, Klerus und wenigen (an bestimmte Einkommensklassen gebundenen) Bürgern. Basierten diese For men der Repräsentation überwiegend auf Privilegien, die der Herrscher, ein König oder Fürst, verlieh, so bestand demokra tische Repräsentation auf der Delegation von Abgeordneten, die von den Bürgern gewählt wurden. Bis zur Durchsetzung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts handelte es sich dabei lange Zeit nur um männliche und bestimmten Steuer klassen angehörige Mandatsträger. Die Transformation von der kleinräumigen Versammlungsdemokratie der Antike zur groß flächigen Repräsentativdemokratie der Neuzeit hatte jedoch die Organisations- und Legitimitätsstrukturen nachhaltig verändert.⁴

Aber nicht nur das. Um Freiheitsrechte zu sichern, war eine Begrenzung staatlicher Macht nötig – und dies auch in Zeiten der revolutionären Forderung nach der Souveränität des Volkes. Das Mittel der Wahl waren Verfassungen, in denen die grundlegenden Rechte der Individuen festgelegt wurden. Die Aufgabe staatlicher, konstitutionell eingetragener Machtausübung war die Gewährleistung dieser Rechte. Nirgends wurde dies deutlicher

als in der amerikanischen Verfassung von 1787 und der 1791 die Verfassung ergänzenden Grundrechteerklärung. In vielen Einzelstaaten waren zuvor schon Grundrechtskataloge beschlossen und zusammen mit Verfassungen zur Grundlage einer neuen Ordnung nach der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 gemacht worden. Damit war der Typus der konstitutionellen Demokratie etabliert worden, der sich nach und nach und auf langen, sehr unterschiedlichen Wegen auch in Europa durchsetzen sollte.⁵

Die Pointe war, dass nun auch die Souveränität des Volkes, das Kernprinzip von Demokratie, gebunden wurde. Die Herrschaft des Volkes war nicht unbegrenzt, sondern fand ihre Grenzen an den Verbürgungen individueller Rechte. Das widersprach der Logik demokratischer Souveränität und schuf eine ambivalente Grundkonstellation, weil das Volk, dem revolutionären Anspruch gemäß, nun zwar alles hätte tun können, aber wegen der neu angelegten konstitutionellen Fesseln dazu nicht mehr in der Lage war. Wo schon das Prinzip der Repräsentation durch die stellvertretende Entscheidungsbildung die Herrschaft des Volkes ihrer Unmittelbarkeit beraubte, schien die demokratische Gewalt nun auch durch die konstitutionelle Bindung der Volksherrschaft stillgestellt und ihrer Macht beraubt zu sein.

Diese Umstellung der Demokratie, die mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der nachfolgenden Verfassungsgebungsphase begann, war in der Philosophie und dem politischen Denken keineswegs einhellig positiv vorausgedacht und begleitet worden. Vielfach wiesen die historischen Debatten Argumente und Streitpunkte auf, die auch in gegenwärtigen Diskussionen angetroffen werden können. Für Jean-Jacques Rousseau, der mit seiner Schrift *Vom Gesellschaftsvertrag* (1762) eine an die Polisdemokratie angelehnte, nun aber vertragstheoretisch begründete Lehre von der Volkssouveränität vorlegte, blieb es

Aufgabe des Bürgers, die Gesetze zu beschließen – selbst und direkt. Aus diesem Grund lehnte er protoparlamentarische Repräsentativversammlungen wie in England ab, wo König und Parlament Gesetze gemeinsam beschlossen. Dabei stand ihm nicht nur die Polisdemokratie Griechenlands vor Augen, sondern auch jene unmittelbare, direkte Demokratie, wie sie in den Kantonen der Schweiz praktiziert wurde. Dem Volkswillen durch eine Repräsentationskörperschaft nachzukommen, war für ihn eine trügerische Illusion: «Das englische Volk glaubt frei zu sein. Es täuscht sich gewaltig, es ist nur frei während der Wahl der Parlamentsmitglieder; sobald diese gewählt sind, ist es Sklave, ist es nichts. Bei dem Gebrauch, den es in den kurzen Augenblicken seiner Freiheit von ihr macht, geschieht es ihm Recht, dass es sie verliert».⁶

Anders hingegen argumentierten die amerikanischen Federalists, die 1787 die bis heute gültige Bundesverfassung formulierten und gegen ihre Kritiker, die sich teilweise auf Rousseau beriefen, im Ratifikationsprozess durchsetzten. Für sie folgte gerade aus der Großflächigkeit des amerikanischen Bundesstaates die Notwendigkeit einer repräsentativen, parlamentarischen Demokratie. Hinzu trat ein weiteres Argument, das die veränderten sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen reflektierte. Rousseau hatte in seinem berühmten Demokratie-Kapitel von der Erforderlichkeit weitgehender sozioökonomischer Gleichheit, einer Gleichgerichtetheit der Meinungen und öffentlichen Ansichten sowie der Tugendhaftigkeit des Bürgers als den entscheidenden Voraussetzungen einer direkten und identitären Demokratie gesprochen. Die Federalists hingegen bestritten diese Annahmen. Sie sahen Ungleichheit, Gruppenbildung und eine Pluralität von Interessen als die Charakteristika der modernen, kommerziellen Gesellschaft an und folgerten daraus den strukturellen Umbau des alten, antiken Systems «reiner Demo-

kratie».⁷ Thomas Paine, der aus England stammende Revolutionär in Nordamerika, brachte es in seiner viel gelesenen Schrift *Rights of Man* von 1791/1792 auf einen einfachen Nenner: «Simple democracy was society governing itself without the aid of secondary means. By engrafting representation upon democracy, we arrive at a system of government capable of embracing and confederating all the various interests and every extent of territory and population» (dt.: «Die einfache Demokratie war die Gesellschaft, die sich ohne Hilfe sekundärer Mittel selbst regierte. Wenn wir die Repräsentation auf die Demokratie verpflanzen, kommen wir auf ein Regierungssystem, das imstande ist, all die verschiedenen Interessen und jede Ausdehnung von Territorium und Bevölkerung zu umfassen und zu verbinden [...].»)⁸

Größe des Territoriums, hohe Bevölkerungszahl und die Vielfalt der Interessen – die geeignete Regierungsform schien also das System der Repräsentation zu sein. Von ihm wurde angenommen, Diversität politisch organisieren zu können, unterschiedliche Interessen und Präferenzen zu kanalisieren und zu einem Ausgleich bringen zu können. Nicht die zwangsweise Vereinheitlichung von Vielfalt war die politische Lösung für die neu entstandene Gesellschaft, sondern ein Institutionenarrangement, zu dem die Teilung der Gewalten sowohl auf föderaler Ebene wie zwischen Bundesstaat und den Einzelstaaten gehörte. Auf diese Weise sollte Macht begrenzt sowie Freiheit und Rechte des Einzelnen gesichert werden.

Ein weiterer Gesichtspunkt trat hinzu: Die repräsentative Demokratie galt auch als ein Instrument, um die Leidenschaften der Massen zu zähmen. Durch die Institution der Stellvertretung hoffte man, dass die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse rationaler, nicht rein emotional und unter dem Druck der öffentlichen Meinung, vonstattengehen würden. Damit sollte ein Problem gelöst werden, das schon in der antiken

politischen Philosophie diskutiert worden war: Das Volk wurde als wankelmütig, von Stimmungen abhängig und leicht verführbar angesehen. Demagogen hatten leichtes Spiel. Das Thema war in der Moderne nicht verschwunden, im Gegenteil. Zum einen zeigten die Revolutionen, welche Dynamiken Massen auf Straßen und Plätzen entwickeln konnten. Zum anderen schien den liberalen Denkern des 19. Jahrhunderts, beispielsweise John Stuart Mill und Alexis de Tocqueville, auch die Sorge berechtigt zu sein, dass die öffentliche Meinung einem Konformitätsdruck ausgesetzt sein und deshalb zu einer «Tyrannei der Mehrheit», einer neuen Form der Willkürherrschaft, führen könnte.⁹ Emotionen und Leidenschaften, Meinungen und Stimmungen konnten jedoch in einem repräsentativen und auf Gewaltenteilung basierenden System ihrer unmittelbaren Durchschlagskraft beraubt und durch institutionelle Filterung entschärft werden. So ließen sich «Flammen der Empörung» rechtzeitig ersticken.¹⁰

Es ging bei dem Modell der auf repräsentativen Mechanismen beruhenden Demokratie immer auch darum, politische Herrschaft zu mäßigen. Der Gedanke war ebenfalls nicht neu, schon in der Antike hatte Aristoteles in Athen, später auch Polybios in Rom aus dem Scheitern von politischen Ordnungen die Folgerung gezogen, dass «reine» Herrschaftsformen, in denen Einer oder Alle die Macht besaßen, wenig stabil waren. Deshalb schien es angeraten, Gewalten miteinander zu verschränken, um sie einander wechselseitig kontrollieren zu lassen. In den USA nannten die Federalists ein solches System von Gewaltenverschränkung und Gewaltenkontrolle dann «checks and balances».¹¹ «Mäßigung» ging aber auch über institutionelle Vorkehrungen hinaus und bedeutete, sich an Regeln zu halten, die dem eigenen Handeln Beschränkungen auferlegten. So waren auch Kaiser, Könige und Fürsten angehalten, sich in ihrer Herrschaftspraxis zu mäßigen, sich an (selbst erlassenen) Gesetzen, Moralvorstel-

lungen und Tugenden zu orientieren und damit selbst zu disziplinieren. Gleiches sollte dann für die Herrschaftsform gelten, die vom Volk bzw. von den Bürgern ausgeübt wurde. Nur unterlag jetzt die Gesetzgebung dem Volke und war deshalb ab origine frei und ungebunden. Montesquieu und andere, die in besonderer Weise diese Idee der Mäßigung – *gouvernement modéré* – als Voraussetzung einer freiheitlichen und stabilen Ordnung ansahen, schrieben hier die ideengeschichtliche Tradition des Republikanismus fort, die sich aus der römischen Republik ableitete, vor allem aber dann im Stadtrepublikanismus Oberitaliens politische Relevanz entfaltete.¹²

Städte wie Venedig, Florenz, Mailand und Genua hatten im 11. und 12. Jahrhundert ihre Unabhängigkeit von Papst und Kaiser erstritten und regierten sich selbst, wobei sich bürgerschaftliche und von Fürsten bestimmte Regierungsformen abwechselten.¹³ Auch wenn das Volk, also die breite Masse der Bevölkerung, nicht unmittelbar herrschte, war es doch vielfach an den Beratungen der kommunalen Angelegenheiten beteiligt. In Statuten – Stadtverfassungen – war festgelegt, wie regiert werden sollte. Eine jede Stadtregierung hatte sich in der Ausübung ihrer Regierungsgeschäfte an Recht und Gesetz zu halten; genauso wurde erwartet, dass Magistrate wie auch die Bürger selbst sich an grundlegenden Tugenden wie Mäßigung, Gerechtigkeit, Klugheit, Tapferkeit, Friedfertigkeit sowie Nächstenliebe, Glaube und Hoffnung orientieren sollten. Der dem Volk zugeschriebene Furore galt als bedrohlich – besonders zum Ausdruck kommt dies etwa in Ambrogio Lorenzettis allegorischem Bildprogramm guter und schlechter Regierung, das dieser als Fresko an die Wand der Sala dei Nove in Sienas Palazzo Pubblico malte.¹⁴

Ein solches Modell gemäßigter Selbstregierung sollte Stabilität verbürgen und damit den Ausweg aus dem Teufelskreis von politischem Aufstieg und Verfall politischer Ordnungsformen

aufzeigen, der das politische Denken von der Antike bis in die Neuzeit umgetrieben hatte. Mit dem System von repräsentativer Demokratie, den Mechanismen von Gewaltentrennung und Gewaltkontrolle sowie der verfassungsmäßigen Absicherung von für unveräußerlich gehaltenen Grund- und Menschenrechten glaubten Philosophen und Politiker im 17. und 18. Jahrhundert, ein Modell dauerhafter Ordnung gefunden zu haben. Tatsächlich sollte es sich nach und nach, nach Revolutionen und sozialen Kämpfen, nach Kriegen und dem Fall von Diktaturen, nach dem Ende von Kolonialismus und kommunistisch-sozialistischen Regimen als ein wegweisendes Demokratiemodell in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchsetzen.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de